

# DIE LINKE

Sozialistische Monatschrift für Dresden

Oktober  
2015

## EDITORIAL



von Sarah Buddeberg

### Grenzen überwinden

Ist ironischerweise das Motto des diesjährigen 25. Jahrestages der deutschen Einheit. Das Motto wurde natürlich lange vor den aktuellen Diskussionen zum Thema Asyl ausgewählt, erscheint jedoch angesichts der aktuellen Ereignisse geradezu zynisch.

Keine zwei Wochen ist es her, dass an den Grenzen zu Österreich und Tschechien wieder Grenzkontrollen eingeführt wurden – ein seit Jahren nicht mehr gekannter Vorgang. Die vergangenen Wochen gleichen einer Achterbahnfahrt, von applaudierenden und jubelnden Menschenmengen am Münchner Hauptbahnhof zur Begrüßung der ankommenden Flüchtlinge, über die beinahe täglichen Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte, die enorme Bereitschaft der Bevölkerung, sich in der Flüchtlingshilfe zu engagieren, über die extreme Zunahme von fremdenfeindlichen Angriffen, Bedrohungen und Pöbeleien auf der Straße. Büros von Politiker\_innen werden mit beinahe 100%iger Wahrscheinlichkeit attackiert, sobald sich diese öffentlich positiv zu Flüchtlingen oder eben deutlich kritisch gegenüber Protestierenden vor Asylunterkünften äußern.

Zudem „feiern“ wir in Dresden in diesem Monat einjähriges Jubiläum der Pegida-Aufmärsche, die einen erheblichen Teil zu der veränderten, aggressiveren Atmosphäre in der Stadt beigetragen haben. Hierzu gibt es einen ausführlichen Artikel in dieser Ausgabe. Außerdem werden die neuen – und teilweise bereits erfahrenen – Landesvorstandsmitglieder aus Dresden in einem Interview vorgestellt, über aktuelle Entwicklungen bei den Tarifeinsetzungen der Sozial- und Erziehungsdienste berichtet, und natürlich wichtige und interessante Termine der nächsten Wochen bekannt gegeben. Es bleibt für uns als LINKE in dieser Stadt viel zu tun, um die Grenzen in- und außerhalb der Köpfe zu überwinden.

sarah.buddeberg@dielinke-dresden.de  
www.sarah-buddeberg.de

Die Welt ist aus den Fugen

## Das Schüren irrationaler Ängste nicht zulassen

von Jens Matthis

An den Kriegen im Syrien und im Irak ist der Westen nicht unschuldig. Am Elend in Afrika auch nicht. Und an der Situation auf dem Balkan hat Deutschland sogar eine besonders große Rolle. Stärker als in den vergangenen Jahrzehnten erreichen uns diese Entwicklungen nicht nur über die Fernsehbilder, nein, die fliehenden Menschen kommen leibhaftig bei uns an. Improvisierte Flüchtlingslager, wie wir sie bisher von Nachrichten aus dem Libanon oder Jordanien oder Katastrophengebieten kannten, befinden sich mitten in Dresden. Die Zustände dort spotten jeder Beschreibung.

Würde es sich um Notaufnahmecamps im Erdbebengebiet von Nepal handeln, wo ringsum keine Haus mehr steht und die Versorgungspfade abgeschnitten sind, ließen sich die unerträgliche Überbelegung in Zelten und die Versorgung erwachsener Menschen gemäß eines international vereinbarten Mindestkalorienbedarfs rechtfertigen.

Angesichts einer intakten Stadt, in der an den Wochenenden große Volksfeste gefeiert werden und in der sich die Ladenregale unter den Lebensmitteln biegen, gibt es dafür keine Rechtfertigung. Die Aufnahme und die Integration von Flüchtlingen, die wir bisher nur aus Berichten der Eltern und Großeltern aus der Nachkriegszeit kannten, sind in unserem Alltag angekommen.

Selten sind die Verbindung von Weltpolitik und Kommunalpolitik so unmittelbar. Wer meint, dass man das Problem durch Schließen der Grenze lösen kann, muss auch sagen, ob er bereit ist, gegen wehrlose Flüchtlinge mit Wasserwerfern oder Waffengewalt vorzugehen, Zäune werden sie nicht abhalten. Die Flüchtlinge die da kommen, sind Afghanen, die mit den NATO-Truppen kooperiert haben und angesichts des NATO-Abzugs und der weiteren Herrschaft der Warlords um ihr Leben fürchten.

Oder sie sind syrische Staatsbürger, die als Schiiten, Alawiten, Jesiden oder Christen vor dem Steinzeitalter des IS fliehen, den der Westen



Foto: sokaeiko / pixelio.de

im Kampf gegen das Assad-Regime und gegen den Iran hochgepöppelt hat. Eine Islamisierung Deutschlands haben sie gewiss nicht im Sinn.

Alle diese Menschen suchen hier Schutz. Manche werden nur kurze Zeit bleiben, andere werden viele Jahre hier verbringen und manche auch ihr ganzes weiteres Leben.

Wir sind in der Verantwortung, ihnen zu helfen. Dabei meine ich uns als LINKE konkret. Wir tragen in dieser Stadt Verantwortung für ihre menschenwürdige Unterbringung, ihre Integration und die Bildungschancen ihrer Kinder. Zum einen deshalb, weil wir als Teil der Stadtratsmehrheit diesen schwierigen Prozess politisch gestalten müssen, zum anderen, weil unsere Genossin Dr. Kris Kaufmann seit wenigen Tagen als Sozialbürgermeisterin die unmittelbare Verantwortlichkeit trägt.

Dabei müssen wir zwei Dinge im Auge behalten. Zum einen: Wir sind unzureichend vorbereitet und es wird ein gewaltiger Kraftakt. Sowohl das Schaffen der materiellen Voraussetzungen, als auch das Überwinden der vorhandenen Ressentiments in den Köpfen. Dabei meine ich nicht nur PEGIDA & CO, das beginnt bei uns selbst.

Auf der anderen Seiten: Wir dürfen das Ganze auch nicht zum unlösbaren Riesenproblem aufblasen. Das wür-

de uns nur lähmen. Wir sprechen gegenwärtig von 800.000 Flüchtlingen pro Jahr für ganz Deutschland, von ca. 4.000 bis 5.000 für Dresden. Das entspräche ungefähr einem Prozent der Bevölkerung.

Das ist viel. Aber es ist auch weniger, als wir seit der Wende hier in Ostdeutschland an Einwohnern verloren haben. Es ist viel weniger als alle Bevölkerungsprognosen für die nächsten Jahrzehnte als Bevölkerungsverlust voraussagen. Unter diesen Aspekt können wir eher dankbar sein.

Deshalb mein Vorschlag: Die Probleme nicht verniedlichen, aber auch aufzeigen, dass sie lösbar sind. Wir dürfen nicht zulassen, dass irrationale Ängste geschürt werden.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen bedanken, die in den letzten Wochen und Monaten auf die vielfältigste Art und Weise dazu beigetragen haben, die Lösung der Probleme in Angriff zu nehmen.

Sarah Buddeberg ist gemeinsam mit Jens Matthis amtierende Vorsitzende von DIE LINKE. Dresden



jens.matthis@dielinke-dresden.de

# „Man muss im Gespräch bleiben. Miteinander“

Mitte September wurde der neue Landesvorstand der LINKEN. Sachsen gewählt und mittendrin wollen drei Dresdner Genoss\_innen politische Akzente setzen. Zwei von ihnen erzählen in dieser Ausgabe über ihre Vorhaben.

*Ende September fand bereits die Klausur des neuen Landesvorstand statt - was war Inhalt der Klausur und was ist rausgekommen?*

**Jayne-Ann:** Die erste Klausur des Landesvorstands diente dazu, sich zu finden, sich kennenzulernen, über die Geschäftsordnung zu reden, über eine Aufgabenverteilung, welches Mitglied welche Aufgaben übernehmen will, Presseverantwortlichkeiten - da steht vor allem das Organisatorische im Vordergrund. Wir haben ja eine Reihe neuer Mitglieder, was ich sehr schön finde. Zweiter Punkt war die Auswertung des Landesparteitags, dort ging es um Strategie und Wahlauswertung. Zu sagen ist, dass in der nächsten Zeit strategische Fragen im Vordergrund stehen werden. Wir haben uns ja in der Vergangenheit sehr mit inhaltlichen Fragen beschäftigt, das wird auch weiterhin so sein, weil sich die Welt verändert - aber jetzt geht es auch um Strategien: Wie bringen wir Themen an die Öffentlichkeit, wie kommen wir mit den Leuten ins Gespräch und wie bringen wir uns in Diskurse ein.

**Anja:** Es gab natürlich inhaltliche Debatten! Es wurde über die Kampagne „Das muss drin sein!“, und wie wir diese auf Landesebene beleben können, gesprochen. Prekarisierung als ein Schwerpunkt war ebenso ein großes Thema der Klausur, aber auch die Verankerung im ländlichen Raum oder strategische Fragen. Für mich als gleichstellungspolitische Sprecherin setzen diese Themenbereiche auch klare Arbeitsschwerpunkte. Denn wenn wir beispielsweise über Prekarisierung sprechen, sprechen wir über Frauen und konkrete Ungleichheitsverhältnisse, die genau hier zum Tragen kommen. Das müssen wir auf dem Schirm haben und uns was das angeht, wieder breiter aufstellen.

*Vor kurzem wurde der Sachsentrend von Infratest/dimap im Auftrag des MDR veröffentlicht, wo DIE LINKE Sachsen zurzeit bei 17 Prozent steht. Gleichzeitig der drastische Zugewinn der AfD Sachsen auf 13 Prozent, gleichauf mit der SPD. Wurde dieser aktuelle Trend in der Klausur beraten?*

**Jayne-Ann:** Der Trend wurde nicht erst auf der Klausur diskutiert. Wir haben ja auch im vergangenen Jahr eine sehr intensive Wahlauswertung betrieben. Sowohl auf Landesebene, aber auch in den Kreisen - warum wir im Ergebnis abgesunken sind. Lag es an der Strategie, die wir hatten oder am Wahlprogramm, vermochten wir die Leute nicht so anzusprechen, wie wir uns das gewünscht hatten? Wir hatten ja auch Projekte initiiert wie diesen „Dialog für Sachsen“. Auch wenn der Dialog nicht so gelaufen

ist, wie es gewünscht war, war es sehr sinnvoll, dass wir es probiert haben und der Dialog ist auch ausbaufähig, er sollte wiederbelebt werden. Wir haben uns ja auch Feedback von außen geholt. Wie sehen andere das, was wir machen, und sehen sie die Probleme, die wir ansprechen, haben sie vielleicht andere Ideen.

*Rico Gebhardt sprach in seiner Rede auf dem Landesparteitag direkt die Solidarität der Prekarisierten aller Länder an und gerade in Sachsen leben viele Menschen in prekarierten Verhältnissen. Gibt es hier schon eine linke Strategie, um den hierlebenden Prekären die Angst vor kommender Konkurrenz zu nehmen?*

**Jayne-Ann:** Das ist eine schwierige Frage, denn seitens der Wirtschaft hört man Töne, dass Migration aufgrund der älterwerdenden Gesellschaft sehr gut für Deutschland ist. Gerade in den Bereichen der prekarierten Beschäftigungen, nehmen wir beispielsweise den Pflegebereich, wo sich viele Leute mit schlechten Löhnen finden und auch schlechten Arbeitsbedingungen - ich weiß nicht, ob dort die Konkurrenzsituation, die seitens der Wirtschaft auch so gewollt ist, den Leuten auszureden ist - und ob das die richtige Strategie ist. Man muss die Zusammenhänge darstellen.

**Anja:** Auf der einen Seite sprechen wir von sehr heterogenen Gruppen, die man auch ganz gezielt ansprechen muss. Der Vorwurf dass wir uns nur noch mit Asyl beschäftigen ist ja ab und an zu hören. Die aktuelle Lage erfordert jetzt unser Handeln und Unterstützung, das ist klar. Zugleich aber hören wir nicht auf, uns für die Belange anderer Gruppen einzusetzen. Wir kämpfen trotzdem für bessere Löhne, gegen Leiharbeit oder Hartz IV. Die Schwierigkeit besteht darin, den Menschen die prekariert sind zu sagen, dass das System an sich das Problem ist, ebenso wie die verfehlte, konservative politische Praxis der sächsischen Staatsregierung und nicht der Flüchtling. Es ist eine verachtenswerte Praxis, Menschen gegeneinander auszuspielen. Die Frage ist doch wie kann man diese Gruppen untereinander stärker solidarisieren und gleichzeitig bedürfnisnah anzusprechen?

**Jayne-Ann:** Das ist wirklich ein sehr wichtiger Punkt, zu vermitteln: Wir setzen uns für alle ein, die unter prekären und unwürdigen Bedingungen leben müssen.

*Jayne-Ann, Du hast vor Jahren die LAG Kultur mit begründet und bist neben Magnus Hecht eine der beiden Sprecher\_innen - Ich nehme an, die Kulturarbeit wird auch im Landesvorstand zu Deinen Themen gehören?*



Kunsthistorikerin Anja Eichhorn (29) ist im Landesvorstand Sprecherin für Gleichstellung und feministische Politik und die Schriftstellerin Jayne-Ann Igel (61) arbeitet seit 2009 im Landesvorstand u.a. in der Grundsatzkommission, wirkte bei den verschiedenen Leitlinienpapieren und Programmdebatten mit und kümmert sich um linke kreative Kultur

**Jayne-Ann:** Kultur werde ich immer im Auge haben. Mir ist sehr wichtig, zu reflektieren, dass wir, wenn wir über ein Thema oder eine politische Lage debattieren, auch immer Geschichte mit einbeziehen oder kulturelle Wurzeln, Ursprünge, Herkünfte. Es spielt ja auch in unserer Partei eine große Rolle, die Leute sind ja durchaus verschieden sozialisiert, die sich in der LINKEN zusammen gefunden haben. Ich habe beispielsweise keine Vorwende-Parteikarriere vorzuweisen, politisch gedacht habe ich aber schon sehr lange. Aber eben anders. Ich gehörte zu denen, die in der DDR Opposition gemacht haben - linke Opposition. Zu links für die SED - auf jeden Fall (lacht).

*Gibts diesbezüglich Potenziale, über Multiplikatorinnen wie Dich an ehemalige Oppositionelle heranzukommen?*

**Jayne-Ann:** Was ich oft auch sage und was mir wichtig ist: Dass es so eine Rückkopplung gibt, zu linken Intellektuellenkreisen, zur gesellschaftlichen Linken. Viele haben ja linke Ideen oder sind für diese Ideen ansprechbar - aus dem kulturellen Bereich. Ich kenne zum Beispiel viele, die sagen: Wann kommt Ihr denn endlich mit Eurem Bedingungslosen Grundeinkommen. In der Partei haben wir ja immer noch nicht den Beschluss zum BGE geschafft, aber wir debattierten wenigstens drüber.

*Haben Künstler nicht das Problem, politisch instrumentalisiert zu werden oder sich politisch vereinnahmen zu lassen?*

**Jayne-Ann:** Ja, das ist auch völlig richtig. Aber bei meinem Anliegen geht es doch um eine kritische Solidarität. Ich bin hinein gegangen in die Politik, aber das beinträchtigt mein künstlerisches Schaffen nicht - in der Weise, dass ich jetzt Parteilik schreiben würde oder ähnliches. Ich finde es wichtig, als weiteren Zweig meiner Tätigkeit. Es ist nicht jedermanns Sache, sowas zu machen, aber es gibt eine Sympathie dafür in vielen künstlerischen Kreisen und es gibt eine Solidarität.

*Wie ist diese Sympathie und Solidarität weiter zu fördern?*

**Jayne-Ann:** Man muss im Gespräch bleiben. Miteinander. Oder überhaupt erst einmal ins Gespräch kommen. Man kann die Leute auch mal einladen. Als wir beispielsweise an den kulturpolitischen Leitlinien gearbeitet haben, suchten wir direkt AkteurInnen in der Kultur und fanden sie auch. Mit den kreativen Prekären beispielsweise machten wir im vergangenen Jahr in der Nickifaktur eine Kreativgeschichte und da kamen etliche Leute aus dem Bereich - danach gabs ein gutes Feedback: Dort, wo sie sich aufhalten, leben, wohnen und arbeiten. Das sind Kontakte, die man weiterpflegen kann und die weiterentwickelt werden.

*Anja, in Sachen Gleichstellung gehts auch um die „Vielfalt der Lebensweisen“ ...*

**Anja:** Innerhalb unserer Landespartei arbeiten verschiedene Akteur\_innen daran und vor allem auch zusammen an dem Themenfeld. So gab es letztes Jahr z.B. ein spannendes Workshop Projekt zusammen mit der Landtagsfraktion, meiner Vorgängerin und den Landesarbeitsgemeinschaften LISA und Queer, aber auch Conny Ernst war dabei. Neben unterschiedlichen gleichstellungspolitischen Themen war die Vielfalt der Lebensweisen auch ein Schwerpunkt an dem gearbeitet wurde. Angesichts der aktuellen Verhältnisse haben wir uns dort mit geschlechtsspezifischen Fluchtgründen - im Speziellen mit LGBTTI\* Flüchtlingen beschäftigt. Darüber hinaus gab es Veranstaltungen in der Stadt gezielt zum Thema LGBTTI\* in Europa. Allerdings, so glaube ich, muss das Bewusstsein für die Wichtigkeit dessen innerparteilich gestärkt werden.

**Jayne-Ann:** Die Menschlichkeit einer Gesellschaft misst sich immer daran, wie sie mit Minderheiten umgeht. Im Grundgesetz steht, dass die Würde des Menschen unantastbar ist - darin steckt doch Teilhabe.

*Viel Erfolg für Eure Projekte und Dankeschön für das Gespräch!  
Interview und Foto: Max Kretzschmar*

Vorbereitung auf den Stadtparteitag am 21. November

# Work in progress!

von Silvio Lang

Bereits in der letzten Ausgabe wurde vom Beschluss des Stadtvorstandes berichtet, einen Leit-antrag für den kommenden Stadtparteitag im November zu erarbeiten und dazu eine Arbeitsgruppe einzurichten. Dieser Plan wurde auch auf der Basis-konferenz Ende August vorgestellt.

Im Nachgang fanden sich rund 10 Genoss\_innen zusammen, um diesen Prozess voranzutreiben. Wir stecken also bereits mittendrin – was angesichts der geringen verbleibenden Zeit nun wiederum mehr als angemessen ist.

In einer ersten Phase wurden die Inhalte und Gliederungen grob abgesteckt, in eine Vorlage für den Stadtvorstand gegossen und diesem vorgelegt. Danach trafen sich die Mitglieder der Arbeitsgruppe, um Verantwortlichkeiten für Erstentwürfe einzelner Textbausteine festzulegen.

Aktuell (zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses) werden diese erarbeitet und in einen kompletten Textentwurf zusammengefügt. Zielvorstellung ist es, in der Anzahl der Seiten im einstelligen Bereich zu bleiben und sich auf das für uns wesentliche zu konzentrieren. Inhaltlich wollen wir aus einer kurzen, fundierten Analyse heraus die richtigen Schlussfolgerungen für die kommenden zwei Jahre ziehen.

Der weitere Zeitplan sieht dann folgende Etappen vor: am 15.10. tagt erneut der Stadtvorstand und soll dann



Foto: pius 700 / pixelio.de

über den ersten Entwurf „seines“ Antrages beraten. Danach wird dieser der Stadtratsfraktion und auch den Ortsvorständen per Mail zugesendet, um auch hier schon erste Änderungsbedarfe auf dem kurzen Weg abzuholen und wenn möglich, noch einzuarbeiten. Der Zeitrahmen dafür ist sehr kurz, es wird also wahrscheinlich nicht möglich sein, dass sich alle Ortsvorstände in einer Beratung diesem Papier widmen können.

Diesen Zustand wollen wir damit heilen, dass der fertige Antrag bereits Ende Oktober vorliegen soll und dann zeitnah sowohl mit den Einladungen zum Stadtparteitag an alle Genoss\_innen verschickt wird, wie auch online einsehbar ist. Somit soll jede\_r Genoss\_in die Chance haben, mit ausreichender Vorlaufzeit bis zum Parteitag noch Änderungsanträge an diesen Leit-antrag zu formulieren und einzureichen. Wir hof-

fen, somit dem Anspruch größtmöglicher Partizipation gerecht werden zu können.

Alles in allem ist das Projekt, einen wegweisenden Antrag für die kommenden zwei Jahre Legislatur des neu zu wählenden Stadtvorstandes vorzubereiten, angesichts des dafür zur Verfügung stehenden Zeitrahmens, ambitioniert. Ich persönlich halte es aber für schaffbar, sonst hätte ich auch die Leitung der Arbeitsgruppe nicht übernommen. Dennoch sollte schon jetzt allen Genoss\_innen klar sein, dass es ein konzentriertes Stück Papier werden wird. Es kann kein Antrag werden, in dem alles Böse dieser Welt aufgelistet wird und von der fehlenden Parkbank bis zur nicht regelmäßig gereinigten Nebenstraße alles dabei ist. Vielmehr werden die großen Linien eine Rolle spielen müssen, zumal der kommende Stadtvorstand nicht nur die Aufgabe hat, die Stadtratskooperation erfolgreich zu begleiten und auch zu einem Erfolg zu machen, sondern auch die kommende Bundestagswahl 2017 vorzubereiten und den Stadtverband dafür schlagkräftig aufzustellen.

Für die kommenden Wochen wünsche ich uns daher und wünsche ich mir von euch: spannende Diskussionen, das Einbringen vieler Meinungen und die Beteiligung möglichst aller, die etwas beizutragen haben. Gerne besuche ich euch auch und beantworte eure Fragen, ladet mich einfach ein.

[silvio.lang@dielinke-dresden.de](mailto:silvio.lang@dielinke-dresden.de)

## Stellenausschreibung: ein/e Mitarbeiter/-in in der Stadtgeschäftsstelle Dresden

**Bewerbungsschluss:** 9. Oktober 2015  
**Wochenarbeitszeit:** 30,0 Stunden  
**Stelle zu besetzen ab:** 1. Januar 2016  
**Befristung:** keine  
**Gehalt:** Entgeltgruppe IV gemäß Tarifvertrag der Partei DIE LINKE

Der langjährige Mitarbeiter unserer Stadtgeschäftsstelle geht mit dem Beginn des nächsten Jahres in den wohlverdienten Ruhestand. Aber die Arbeit muss weitergehen.

Deshalb suchen wir spätestens ab 01.01.2016

eine/n Mitarbeiter/in der Stadtgeschäftsstelle Dresden

### Zu den Aufgaben gehören hauptsächlich:

- Geschäftsstellen-Organisation
- Mitorganisation und Vorbereitung von Parteiveranstaltungen
- Anleitung und Unterstützung ehrenamtlicher Aktivist/inn/en.
- Vorbereitung und Anmeldung von öffentlichen politischen Aktionen
- Vor- und Nachbereitung der Vorstandssitzungen
- Versendung von Einladungen/Infopost etc.
- Präsenz während der Büroöffnungszeiten
- Bestellung und Verwaltung von Materialien
- Betreuung der Internetpräsenz
- Wahlkampfmanagement
- Arbeit mit dem Mitgliederprogramm

### Erwartet werden:

- Eigenverantwortliches Arbeiten
- Parteimitgliedschaft und Identifikation mit den Zielen der Partei DIE LINKE
- sichere Beherrschung von Bürosoftware und Kommunikationstechnik
- Kompetenz im Umgang mit sozialen Netzwerken
- hohe soziale Kompetenz im Umgang mit Menschen

Der Arbeitsort ist Dresden.

Gehalt und Urlaubsanspruch richten sich nach dem in der Partei DIE LINKE geltenden Tarifvertrag. Die Stelle ist in die Entgeltgruppe IV eingestuft.

Der Stellenumfang beträgt wöchentlich 30 Stunden. Flexible Arbeitszeit wird vorausgesetzt.

**Aussagekräftige Bewerbungen bis zum 09.10. 2015 zu richten an:**

DIE LINKE. Sachsen  
 Antje Feiks  
 Kleiststr. 10a  
 01129 Dresden



## Parteiwahlen auf dem Stadtparteitag

Für die Parteiwahlen auf dem Stadtparteitag der LINKEN Dresden werden noch Kandidat/innen gesucht! Gewählt werden:

- Vorsitzende, Stellvertretende Vorsitzende
- Schatzmeister/in und Jugendpolitischer Sprecher/in
- weitere Mitglieder des Stadtvorstandes
- Delegierte Bundesparteitag 2016/2017
- Delegierte Landessenior/innenkonferenz 2016/2017
- Finanzrevisionskommission
- Ältestenrat
- Nachwahl einer weiblichen Delegierten in den Landesrat

Den Kandidat/innen wird die Möglichkeit gegeben, sich auf dem Parteitag sowie schriftlich vorzustellen. Dafür bitte **bis zum 30.10.2015** einen Vorstellungstext (max. 2.700 Zeichen) und ein Foto an [robert.wuensche@dielinke-dresden.de](mailto:robert.wuensche@dielinke-dresden.de) schicken. Genoss/innen ohne Computer bitte bis 28.10.2015 an die Stadtgeschäftsstelle wenden.

Mitmachen!



**DIE LINKE.**

# GAGFAH-kritischer Blog im Netz

von Dr. Volker Spörl

„Wohnen gehört zu den Grundbedürfnissen der Menschen. Die GAGFAH GROUP sieht sich als Wohnungsunternehmen in besonderem Maße zu sozialem Handeln aufgerufen. Wir übernehmen Verantwortung gegenüber unseren Kunden und der Gesellschaft und setzen dabei Maßstäbe.“

Im Internetauftritt des Essener Wohnungskonzerns kann man dieses wohlklingende Unternehmens-Credo lesen. Und weiter heißt es: „Wir wollen, dass unsere Mieter sich bei uns wohl fühlen und gerne bei uns wohnen. Deshalb haben wir den Anspruch, unsere Dienstleistungen und Services stetig zu verbessern.“ Was hier der GAGFAH-Konzern über die Prämissen seines sozialen Engagements und seines Kunden-Services verkündet, ist – wie der Volksmund sagt – fast zu schön, um wahr zu sein. GAGFAH-Mieter müssten sich demzufolge glücklich schätzen, Kunden dieses „Maßstäbe setzenden“ sozial engagierten Unternehmens und Nutzer seines angeblich so mieterfreundlichen Service-Angebotes sein zu dürfen. Was aber ist das Hohelied des Essener Wohnungskonzerns auf seine soziale Verantwortung und seine große Dienstleistungsbereitschaft in der Realität für seine Mieter wirklich wert? Wie ist es um die praktische Umsetzung des angeblich so kundenfreundlichen Mieter-Services im Lebensalltag der GAGFAH-Mieter tatsächlich bestellt? Die praktischen Erfahrungen und konkreten Fakten sprechen leider eine deutlich andere Sprache.

Wer sich mit Entscheidungen verantwortlicher Dresdner GAGFAH-Mitarbeiter auseinandersetzen muss, wird rasch feststellen, dass sich in ihrem



Foto: Michael Loeper / pixelio.de

Verhalten unverkennbar genau diese Haltung widerspiegelt – ganz nach der Devise: Was willst und kannst Du „kleiner Mann“ und als Einzelner schon gegen die geballte Finanzkraft eines milliardenschweren Konzerns ausrichten?! Wir haben die gut bezahlten Rechtsanwälte und das Machtpotential einer Konzernzentrale im Rücken. – Basta!“

Ein Denk- und Handlungsmuster, das freilich so offen, so ehrlich und direkt von verantwortlichen Mitarbeitern der Dresdner GAGFAH gegenüber den Mietern niemals geäußert würde.

Gleichwohl liegt es ihren Reaktionen auf Kritik an ihrem miserablen Kundenservice unübersehbar zugrunde.

Die unverhohlenen demonstrierte Arroganz der Macht erklärt letztlich auch die Chuzpke, mit der leitende Mitarbeiterinnen der Dresdner GAGFAH stupid nicht nur Fakten, Einwände und Argumente ignorieren, sondern darüber hinaus auch in ihren Entscheidungen – nicht einmal ansatzweise – den Versuch erkennen lassen, solchen sozialen Normen, wie den Grundsätzen der Transparenz, der Gleichbehandlung und insbesondere dem Rechtsgrundsatz der Verhältnismäßigkeit gerecht zu werden.

In den monatelangen Auseinandersetzungen des Autors dieses Blogs mit der Regionalleiterin P. in Dresden wird das krasse Auseinanderfallen zwischen dem angeblich so mieterfreundlichen Kun-

denservice und der konkreten Praxis der Dresdner GAGFAH offenkundig. Im Briefwechsel mit dieser leitenden Mitarbeiterin, der auf der „Startseite“ nachzulesen ist, wird sehr rasch erkennbar, dass es – im Gegensatz zu allen hehren Versprechungen des Wohnungskonzerns – tatsächlich nur darum geht, den eigenen Willkür-Entscheidungen nach Gutsherrenart den Anschein eines angeblich verantwortlichen Handelns zu verleihen.

Seit Jahren gibt es in Dresden das Bemühen um die Etablierung einer unabhängigen Beschwerde- und Clearingstelle für Dresdner GAGFAH-Mieter. Denn: seit Jahren „häufen sich die Beschwerden der Mieter. Seit Jahren liegt der Vorschlag auf dem Tisch, gemeinsam mit dem Mieterverein bei Konflikten zwischen Mietern und dem Unternehmen unabhängig zu vermitteln“, war schon im März 2010 in einer Erklärung der Dresdner Stadtratsfraktion von Bündnis 90/ Die Grünen zu lesen. Getan hat sich in dieser Sache bis zum heutigen Tage überhaupt nichts. Leider.

Dass die Dresdner Regionalleiterin erklärtermaßen kein Interesse an der Einrichtung einer solchen unabhängigen Beschwerde- und Clearingstelle bekundet, ist angesichts der deutlichen Defizite im Mieterservice der Dresdner GAGFAH nicht verwunderlich.

Dieser Blog soll GAGFAH-Mietern in Dresden und in anderen Städten die Möglichkeit geben, ihre praktischen Erfahrungen mit dem Kundenservice des Essener Wohnungskonzerns öffentlich äußern und in einem Offenen Forum diskutieren zu können.

Im Internet: [vermieterwillkuer.wordpress.com](http://vermieterwillkuer.wordpress.com)

## LITERATURTIPP

# Die Suche nach dem Sündenbock

Die Suche nach dem Sündenbock in Christa Wolfs „Medea. Stimmen“

Da ist ein Volk, das nicht mehr zufrieden ist mit der bestehenden Situation, mit der vorhandenen Regierung. Ein Volk das sich in dieser Unzufriedenheit handlungsunfähig sieht, auch mutlos. Das hat doch alles keinen Sinn, sagen einige und meinen damit, dass keiner weiß, wie die Situation geändert werden könnte, da sie viel zu komplex ist um einfache Antworten hervorbringen zu können. Und: Althergebrachte Muster spielen immer wieder eine Rolle. Dann treten Fremde in das Leben des Volkes. Sie reden anders, sehen anders aus, leben anders. Befremdlich eben. Mag das Fremde aus der Ferne noch wunderschön und „exotisch“ wirken, kommt es zu nah, macht es mitunter Angst. In „Medea. Stimmen“ greift Christa Wolf unter anderem diese Thematik der Fremden, die in eine festgelegte bestehende Kultur eindringen, auf. Medea, die Zauberin, Heilerin aus Kolchis am Schwarzen Meer, dem östlichen Rand der damals bekannten Welt, flüchtet aus dem eigenen festgefahrenen Leben in das moderne Korinth. Ihre Liebe zu Jason gibt ihr dazu den Mut. Doch diese Flucht bezahlt sie mit allem, was sie liebt: Der Geliebte wird



Anselm Feuerbach, Abschied der Medea (1870)  
Neue Pinakothek München

Foto: Wikimedia Commons

ihr genommen, ihre Kinder, ihre Heimat, ihre Anerkennung als Heilerin. Denn die Menschen um sie suchen in ihrer Not nach jemanden, dem sie die Schuld für ihr Leiden zuschieben können. : „Die Menschen wollen sich davon überzeugen, dass ihr Unglück von einem einzigen Verantwortlichen kommt, dessen man sich leicht entledigen kann.“ (René Girards „Das Heilige und die Gewalt“ zitiert in Christa Wolf: „Medea. Stimmen“, S. 147) Dieses Zitat stellt Wolf einer der Passagen des Buches voran und erklärt später: „Ich denke es sind immer

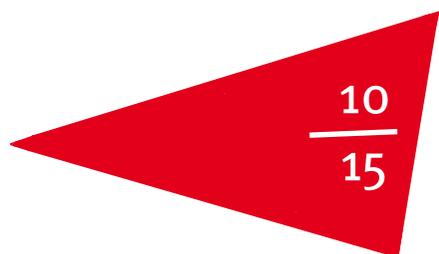
die gleichen Gründe, die Gruppen von Menschen dazu bringen, andere zu entwerten und zu dämonisieren: Unkenntnis, Angst, Abwehr, Schuldgefühle, Entlastungsbedürfnis. Das ist ja nun auch unsere jüngste Erfahrung.“ (Marianne Hochgeschurz: Christa Wolfs Medea, Voraussetzungen zu einem Text, S. 32) Medea, diese fremde Frau, ist stolz und klug, integriert sich nur wenig in die Gesellschaft der Korinther, hat als Heilerin Macht über Gesundheit und Krankheit, Leben und Sterben. Das ist unheimlich. Als es zur Krisensituation kommt, wird

nach Schuldigen gesucht. Doch diese sind nicht eindeutig zu erkennen. Um Klarheit zu gewinnen wird Schuld bedenkenlos einem Außenstehenden zugewiesen - in diesem Fall der Medea und den Kolchern, da sie angeblich durch ihre fremden Götter die Pest in die Stadt geholt haben. Unbekanntes macht Angst, ebenso Menschen mit ausgeprägten Idealen, die selbstbewusst auftreten, wissen was sie wollen. Medea hat dieses Auftreten, ist also prädestiniert als Sündenbock. Für uns, da uns die Wolfsche Medea als Bestandteil unserer Kultur gegeben wurde, stellt sich die Frage, wie wir mit diesen Themen umgehen. Wie beantworten wir die Schuldfrage? Wie gehen wir mit Gewalt und Unrecht, mit Unzufriedenheit und Missständen um? Wen machen wir zum Sündenbock?

Literaturtipps:

Christa Wolf: *Medea, Deutscher Taschenbuch Verlag GmbH & Co. KG, München, 6. Auflage 2002.*

Marianne Hochgeschurz: *Christa Wolfs Medea, Voraussetzungen zu einem Text., Deutscher Taschenbuch Verlag, München 2000*



# DIE LINKE

Fraktion im Dresdner Stadtrat



Oktober 2015

# „Der Mantel der Geschichte verfängt sich in der Ladentür“

Montag für Montag senden Tausende Pegidisten mit ihren Aufmärschen die Botschaft in die Welt, dass Fremde in Dresden nicht willkommen seien. Inzwischen ist ein gewaltiger Schaden für den Ruf der gesamten Stadt entstanden, den zu reparieren Jahre dauern wird. Und was ist die Antwort von CDU und FDP auf diese Herausforderung? Einmal mehr ungehemmtes Einkaufen am Sonntag. Dafür wurde sogar ein Antrag im Stadtrat gestellt, auf den der LINKEN-Fraktionsvorsitzende André Schollbach mit der im Folgenden dokumentierten Rede einging.



Foto: TIM Caspary / pixelio.de

**„Herr Oberbürgermeister,  
meine Damen und Herren,**

der Stadtrat hat im vergangenen Jahr nach langer und intensiver Diskussion die Entscheidung getroffen, der weitgehenden Kommerzialisierung unserer Gesellschaft eine Grenze zu setzen und der ständigen Aushöhlung der Sonntagsruhe entgegenzuwirken.

Daraufhin wurde von CDU, FDP und einigen Einzelhandelskonzernen ein Bürgerbegehren veranstaltet. Mit teuren Zeitungsanzeigen, aufwendigen Plakatkampagnen und bezahlten Unterschriftensammlern. Ein Riesenaufwand. Und trotzdem sind Sie gescheitert.

Und nun kommen CDU und FDP wieder an und fordern, das Fass nochmal

neu aufzumachen. Dazu kann ich Ihnen gleich sagen, der Deckel bleibt drauf. Denn was hier von Ihnen an Argumenten vorgetragen wurde, überzeugt einfach nicht. Da wird etwa geltend gemacht, die Tourismuswirtschaft leide unter zurückgehenden Gästezahlen. Nun mag das so sein. Aber ich stelle die Frage, ob diese Entwicklung nicht weniger der Reduzierung von Shoppingsonntagen, sondern vielmehr dem Umstand geschuldet ist, dass Montag für Montag Tausende Pegidisten mit ihren Aufmärschen die Botschaft in die Welt senden, dass Fremde in Dresden nicht willkommen seien.

Ich stelle die Frage, ob wir uns nicht eher darüber Gedanken machen sollten, was es bedeutet, dass die Teilnehmer eines Schultheaterfestivals von PEGIDA-Anhängern beschimpft und bedroht werden. Was werden diese Kinder und

Jugendlichen wohl zu Hause über ihre Erlebnisse in Dresden berichten und wie wahrscheinlich ist es, dass sie und ihre Familien unsere Stadt erneut besuchen? Und ich stelle die Frage, ob es nicht potentielle Touristinnen und Touristen mit der Angst zu tun bekommen, wenn sie in den Nachrichten erfah'n, dass in und um Dresden Flüchtlinge angegriffen und deren Unterkünfte angezündet oder demoliert werden?

Nach einer aktuellen Untersuchung sind inzwischen über 70 Prozent der Deutschen der Auffassung, dass die anhaltenden fremdenfeindlichen Aufmärsche und Krawalle dem Ansehen Sachsens massiv schaden. Nicht wenige Menschen werden abgeschreckt und entscheiden sich gegen einen Besuch in Dresden. Kleingeistigkeit, Egoismus

und mangelnde Mitmenschlichkeit einiger weniger haben einen gewaltigen Schaden für den Ruf der gesamten Stadt verursacht. Den zu reparieren wird Jahre dauern. Und nun kommen CDU und FDP. Und ihre Antwort auf diese Situation ist Sonntagsshopping. In der Tat, Sie stellen die großen Fragen unserer Zeit. Ungehemmtes Einkaufen am Sonntag. Das ist es also, was in diesen Tagen das Denken der besten konservativ-liberalen Köpfe in Dresden beherrscht. Ein Weltbild angesiedelt im Mikrokosmos zwischen Frauenkirche, Eierschecke und Sonntagsshopping. Da leben wir nun also in einer Zeit historischer Veränderungen. Doch was geschieht, wenn es nach CDU und FDP geht?! Der Mantel der Geschichte verfängt sich in der Ladentür. Da bleiben keine Fragen offen.“

Mit diesem Newsletter informiert DIE LINKE. Fraktion gleich im Anschluss an die aktuelle Ratsitzung alle Interessenten per Mail über die wichtigsten Entscheidungen des Stadtrates: [www.linke-fraktion-dresden.de/presse/newsletter](http://www.linke-fraktion-dresden.de/presse/newsletter)

Neuigkeiten aus dem Dresdner Stadtrat

September 2015

# DRUCKSACHE #9

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Dresdner Stadtrat

DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat · Rathaus · Dr.-Külz-Ring 19 · Zimmer 1/176 · 01067 Dresden · 0351/488-2822 · linke-fraktion@dresden.de · www.linke-fraktion-dresden.de



## Der Mantel der Geschichte verfängt sich in der Ladentür

### SONNTAGSÖFFNUNGSZEITEN

Nachdem sich der Stadtrat im Dezember letzten Jahres nach quälenden Debatten gegen die bisherigen vier stadtweiten verkaufsoffenen Sonntage entschied, forderten CDU und FDP heute: In der Landeshauptstadt Dresden dürfen alle Verkaufsstellen am 6. Dezember 2015 und am 20. Dezember 2015 anlässlich des 581. Dresdner Striezelmarktes von 12 bis 18 Uhr öffnen. Rot-grün-rot bleibt bei seiner Linie und stellt sich auf die Seite der Angestellten im Einzelhandel, denen auch im Advent ein Wochentag für Freizeit und Besinnlichkeit im wahrsten Sinne des Wortes wichtig ist. Der Antrag wurde abgelehnt. André Schollbach in der Debatte: "Sie begründen Ihren Antrag mit dem Rückgang von Touristenzahlen. Meinen Sie nicht, dass das damit zu tun

hat, dass hier Montag für Montag Pegidisten deutlich machen, dass Fremde nicht willkommen sind? Was bedeutet es, wenn Touristen Angst haben, hier herzukommen, dass Schülerinnen und Schüler beschimpft werden? Ihre Antwort auf diese Situation: Sonntagsshopping. Das bewegt den Kosmos der klügsten konservativen und liberalen Köpfe dieser Stadt. Ein Weltbild angesiedelt zwischen Frauenkirche, Eierschecke und Sonntagsshopping. Wir leben in einer Zeit historischer Veränderungen. Doch was passiert, wenn es nach CDU und FDP geht: Der Mantel der Geschichte verfängt sich in der Ladentür."

## Öffentlich, weil's wichtig ist!



Die Gründung Medizinischer Versorgungszentren (MVZ) ist seit 2003 möglich. Es ist die Neuauflage der Poliklinik, die die Lücke zwischen ambulanter Versorgung und der Behandlung in Krankenhäusern schließt. Wer stationär behandelt wird, hat kürzere Wege bei der Überweisung zu Fachärzten. Kommunen können Medizinische Versorgungszentren

in öffentlicher Hand gründen, als Regie- oder Eigenbetrieb. Jens Matthis: "Ein MVZ hat zwei Vorteile: Die Verbesserung der Situation in der ambulanten Versorgung und zugleich die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Krankenhäuser. Dass wir heute mit einem rot-grün-roten Antrag die Gründung in öffentlicher Hand angehen, ist ein großer Schritt."



Fragestunde im Stadtrat - André Schollbach: "Der Stadtrat hat im Juli die Einführung des Dresdner Sozialtickets beschlossen. Welche konkreten Schritte wurde bisher unternommen, das Sozialticket zum 1. November einzuführen, und welche Schritte werden noch übernommen." Antwort der Verwaltung: Der Vertrag wurde mit der DVB am gestrigen Tag unterschrieben, eine Vorlage ist in Arbeit. Nach dem Hickhack um die Haushaltssperre und einem rot-grün-roten Antrag zur umgehenden Einführung des Sozialtickets nimmt die Verwaltung jetzt die Beine in die Hand.



Fragestunde im Stadtrat - Anja Apel: "Was wird getan, um die Bildungsberatung der Volkshochschule nach 2015 zu sichern?" Antwort der Verwaltung: Im Sommer 2016 ist klar, ob es für das Projekt Förderung gibt. Bis dahin werden aus den jetzt 4 Stellen 1,5. Damit steht ein gut funktionierendes und nachgefragtes Projekt vor großen Schwierigkeiten.



Zum 1. Oktober legt Kris Kaufmann ihr Stadtratsmandat nieder. Wie Annetrin Klepsch wird sie Teil der Dresdner Bürgermeister(innen)riege. Dafür rücken Rica Gottwald und Prof. Dr. med. Dieter W. Scheuch in den Stadtrat nach.

Zum Verhandlungsergebnis der Sozial- und Erziehungsdienste

# Aufwertung? Fehlanzeige!

von Pia Barkow

Lange war es ruhig, um die teils heftigen Tarifeinminderungen in den Sozial- und Erziehungsdiensten. Nachdem die überwältigende Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder den Schlichterspruch im August abgelehnt hatte, wurden in den letzten Tagen erneut Verhandlungen mit den kommunalen Arbeitgeberverbänden geführt.

Das neue Ergebnis sieht nun vor, dass vor allem jüngere ErzieherInnen bzw. BerufseinsteigerInnen besser gestellt werden sollen. So würden diese bei einer 40h-Woche zwischen 93 und 138 Euro mehr pro Monat erhalten. Allerdings arbeiten 49% der ErzieherInnen in (ungewollter) Teilzeit, in den Genuss der kompletten Steigerung kommen also gerade mal die Hälfte der Beschäftigten. SozialarbeiterInnen, die im vorherigen Schlichterspruch so gut wie gar nicht berücksichtigt wurden, sollen nun bei einer Vollzeitstelle zwischen 30 und 80 Euro pro Monat mehr erhalten. Auch hier sind lediglich ca. 60% der Beschäftigten Vollzeit tätig. Wie bereits im Schlichterspruch profitieren vor allem die Kita-Leitungen von den Verhandlungen.

Beim Schlichterspruch im August wurde neben den geringen Lohnsteigerungen insbesondere die lange Lauf-



Foto: Helene Souza / pixelio.de

zeit von 5 Jahren stark kritisiert. Denn, während der Laufzeit herrscht Friedenspflicht, das heißt es dürfen keine neuerlichen Tarifeinminderungen geführt werden. Damit bedeutete die prozentuale Steigerung über 5 Jahre gestreckt de facto eine Lohnkürzung, wenn man die Inflation rausrechnet. Nun ist wieder eine 5jährige Laufzeit geplant.

Somit ist das Ergebnis sehr enttäuschend, zumal die Kampagne der SozialarbeiterInnen und ErzieherInnen mit dem Slogan aufgetreten ist, die gesamte Berufs-

gruppe aufzuwerten – nicht zuletzt, da es sich in allen betroffenen Bereichen um klassische Frauenberufe handelt, und vergleichbare männerdominierte Berufsgruppen deutlich besser verdienen und deutlich bessere Bedingungen vorfinden. Der Forderung nach gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit ist mit diesem Ergebnis nicht nachgekommen worden.

Eine Aufwertung erfolgt mit diesem Ergebnis nicht, nicht einmal eine deutliche Lohnsteigerung. Die Aufwertung sollte durch eine andere Eingruppierung erfolgen, um dem Anspruch gerecht zu wer-

den, der heute insbesondere an ErzieherInnen gestellt wurde: in den letzten Jahren hat sich die Kita zunehmend zu einer Bildungseinrichtung entwickelt, in der die Kinder sehr umfangreich gefördert werden. Damit steigt der Anspruch an das Personal deutlich, was sich jedoch nicht in den Gehaltsklassen widerspiegelt.

Auch im Bereich der Sozialarbeit und Sozialpädagogik werden immer höhere Ansprüche an das Personal gestellt. Innerhalb der Gesellschaft erfahren diese Berufsgruppen mittlerweile zunehmende Anerkennung, dass die Sozialarbeit und -pädagogik eine extrem wichtige Aufgabe innerhalb der Gemeinschaft darstellt, ist mittlerweile unstrittig. Doch auch hier spiegeln sich diese warmen Worte nicht im Gehaltszettel oder den Arbeitsbedingungen wider.

Damit wurde das Ziel der Aufwertung dieser Berufsgruppen, einer deutlichen Lohnsteigerung entsprechend der deutlich gestiegenen Anforderungen sowie eine Verbesserung der Bedingungen mit dem neuerlichen Verhandlungsergebnis verfehlt.

Bis zum 31. Oktober haben nun die Gewerkschaftsmitglieder Zeit, um über das Ergebnis zu befinden.



## Ab 01. November wird das Sozialticket in Dresden eingeführt

Links wirkt! Dresden bekommt das Sozialticket! Lange haben wir es gefordert, gemeinsam mit den Kooperationspartnern der rot-grün-rot-orangen Stadtratsmehrheit haben wir es beschlossen.

Nun sind die letzten Hürden aus dem Weg geräumt und ab 1. November gibt es das Ticket für Menschen mit geringem Einkommen. Natürlich ist das nur ein Schritt: Langfristig wollen wir einen fahrscheinlosen ÖPNV. Und das für ganz Sachsen! (td)

Auf die Abo-Monatskarte gibt es 50 Prozent Ermäßigung (Normalpreis zurzeit 49 Euro, Ermäßigung für Nutzer\*innen

24,50 Euro) und auf die Bar-Monatskarte 25 Prozent Ermäßigung (zurzeit 58 Euro, ermäßigt 43,50 Euro). Für das temporäre Nutzen des ÖPNV gibt es bei der 4er Karte, die zurzeit 8 Euro kostet, die Ermäßigung laut Tarif auf 6 Euro.

Das Sozialticket können Inhaber des Dresden-Passes nutzen. Der Dresden-Pass ermöglicht Menschen mit geringem Einkommen den ermäßigten Besuch kultureller Einrichtungen und die Teilhabe kommunaler Dienstleistungen sowie Ermäßigungen bei den Dresdner Verkehrsbetrieben.

### STECKBRIEF

## Unsere neuen StadträtInnen

### Prof. Dr. Dieter Scheuch



Obermedizinalrat, Arzt und Hochschuldozent

Stadtrat im Wahlkreis 4 Loschwitz

Mitglied im Ausschuss für Gesundheit  
Mitglied im Beirat für Gesunde Städte

Kontakt: Dieter.Scheuch@dielinke-dresden.de

### Rica Gottwald



Lehrerin für Mathematik, Geografie und Biologie

Stadträtin im Wahlkreis 1 - Altstadt

Mitglied im Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und im Bildungsausschuss

Kontakt: Rica.Gottwald@dielinke-dresden.de

## KOLUMNE

ganz  
hinten  
links

von Jens Matthis

Es gibt Fangfragen, die darf man weder mit Ja noch mit Nein beantworten. Der Klassiker: „Verprügeln Sie eigentlich JEDEN Tag Ihre Kinder?“ Selbst ein Nein würde einen zum Bösewicht machen.

Aber es geht auch politischer: So stand im letzten Finanzausschuss eine Vorlage an, mit der in drei schlichten Sätzen, die Stadtverwaltung ermächtigt werden sollte, alle in Zusammenhang mit der Flüchtlingsunterbringung notwendigen Ausgaben zu tätigen, insbesondere auch die notwendigen Mietverträge abzuschließen. Ein ganz unspektakulärer Vorgang, der letztlich auch ohne Gegenstimme beschlossen wurde.

Spektakel gab es nur, weil die CDU plötzlich noch einen vierten Satz beschließen wollte: „Im Interesse der Kinder kommen Kindergärten, Schulen und Sporthallen als Flüchtlingsunterkünfte nicht in Frage.“

Nun war bisher in der Stadtverwaltung noch niemanden, wirklich niemanden eingefallen, einen Kindergarten oder eine Schule zu schließen, um darin Flüchtlinge unterzubringen. Und selbst bei Sporthallen wurde bisher in Dresden nur auf solche zurückgegriffen, in denen kein Schulsport stattfindet.

Mit dem eigentlichen Sinn der Vorlage hatte der Ergänzungsantrag also nur sehr wenig zu tun. Aber dafür war er umso besser geeignet, Hysterie zu schüren und in schäbiger Weise Kriegsflüchtlinge gegen Kinder auszuspielen.

Mit derselben Logik hätte man auch beschließen können, keine Häuser auf Straßenkreuzungen und Elbbrücken zu errichten oder die Semperoper nicht abzureißen. Wie wären Dresdens Autofahrer und Musikliebhaber darüber erleichtert gewesen.

Natürlich war die CDU schwer empört, dass Rot-Rot-Grün diesen Unsinn ablehnte. Es war fast so, als würden Kinder verprügelt.

jens.matthis@dielinke-dresden.de

...eine Polizeischule untergebracht.

# Das Festspielhaus Hellerau von 1939 bis 1945

von Tilo Wirtz

„Ab 1939 war im Festspielhaus eine Polizeischule untergebracht.“ – mehr als diese lapidare Information gibt die online-Enzyklopädie Wikipedia zum Festspielhaus Hellerau nicht her. „Eine“ ist ein unbestimmter Artikel, und „Polizeischule“ klingt für Unbedarfte hübsch harmlos. Denn was kann schlimm daran sein, dass Polizisten ausgebildet werden.

Im Jahre 1939 sind dies alarmierende Informationen. Zumal die „Polizeischule“ konkret unter „Polizei-Waffen-Schule I Dresden-Hellerau“ oder „Infanterieschule der Polizei Dresden-Hellerau“ oder „Polizei-Unterführer-Lehrbataillon Dresden-Hellerau“ firmierte. Wie konnte das Festspielhaus in eine Polizeischule verwandelt werden?

Das sozialreformerische Projekt der Gartenstadt Hellerau stand unter keinem guten Stern. Der 1. Weltkrieg, die Inflation, die Wirtschaftskrise und die Machtübernahme der Nazis führten dazu, dass der letzte Leiter des Festspielhauses, Harald Dohrn, die Immobilie 1938 an den Staat verkaufen musste.

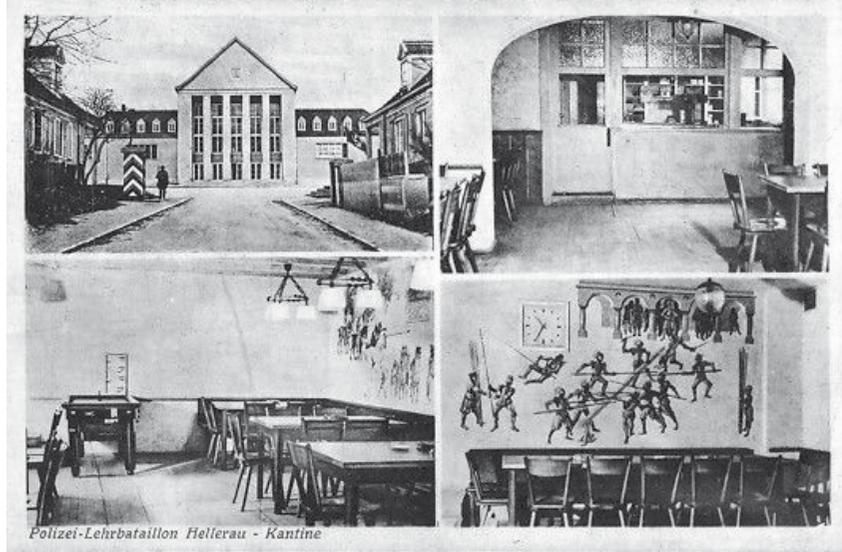
## Vom offenen Campus zum geschlossenen Kasernenhof

Der NS-Staat nutzt den Gebäudekomplex als die besagte Polizeischule und nahm dazu bauliche Veränderungen vor. Dabei wurde der architektonische Gedanke des Festspielhauses als kultureller Mittelpunkt einer Siedlung konterkariert, indem durch die 1939 hinzugefügten Kasernenflügel rechts und links vom Festspielhaus durchgehende Wegebeziehungen gekappt wurden und ein Kasernenhof entstand. Dies ist schon schlimm genug.

Mehr noch muss aber beunruhigen, wer und was kurz vor und während des 2. Weltkrieges hier ausgebildet wurde. Bereits 1936 waren SS und die Polizei im NS-Staat „gleichgeschaltet“ und faktisch organisatorisch vereint worden. Damit lag der Macht- und Unterdrückungsapparat mit SS, Sicherheitsdienst, Gestapo, Sicherheitspolizei, Ordnungspolizei und Kriminalpolizei in einer Hand. Kein geringerer als Heinrich Himmler, seit 1936 „Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei“ war 1939 so „Bauherr“ bei den Veränderungen um das Festspielhaus.

## Polizeibataillone – aktiv am Holocaust beteiligt

Doch wozu erhalten Polizisten auf einer Polizeischule eine Infanterieausbildung? Dies Frage führt zu einem der dunkelsten Kapitel des deutschen Faschismus. Nach Beginn des Krieges im September 1939 hatten die aus älteren Polizeibeamten gebildeten sogenannten Polizeibataillone die Aufgabe, das Hinterland hinter den Frontlinien der Wehrmacht zu sichern. Neben der SS waren die Polizeibataillone diejenigen, die wahllos und systematisch Massaker an Juden begingen, im Zuge der den Polizeibataillonen übertragenen „Bandenbekämpfung“ Zivilisten umbrachten und Geiseln erschossen, die



Postkarte 1944 - M. Graupner, Hellerau Polizei- Lehrbataillon Hellerau

Ghettos räumten, Deportationen in Konzentrationslager vornahm und viele bekannte Kriegsberbrecher begingen.

Insgesamt werden Polizeibataillone für zwei Millionen Morde verantwortlich gemacht. Es ist möglich, dass ein Teil der Täter in Dresden-Hellerau ausgebildet wurde. Denn Dresden-Hellerau war für viele Polizeibataillone der sogenannte Ersatz-Truppenteil, von wo neues Personal bezogen oder wohin vorhandenes zu Lehrgängen geschickt wurde.

Zur Verantwortung gezogen wurde von den Polizeibataillonen so gut wie niemand. Himmlers Verantwortlicher für die Polizei, Kurt Daluge, wurde 1946 in Prag hingerichtet. Eine strafrechtliche Aufarbeitung in den sechziger Jahren versandete, da sich die Angeklagten auf den „Befehlsnotstand“ beriefen und die Ermittlungen verschleppt und behindert wurden. Denn viele Beteiligte konnten nach dem Krieg ihre berufliche Laufbahn im Polizeidienst fortsetzen. Damit ermittelte die Polizei teilweise gegen die Polizei selbst, wobei angesichts einer ebenfalls desinteressierten Justiz Belastendes unter den Teppich gekehrt wurde.

## Aufarbeitung der Geschichte

Erst in den neunziger Jahren gelang zumindest die historische Aufarbeitung. Fallstudien wie Christopher Brownings Buch „Ganz normale Männer: Das Reserve-Polizei-Bataillon 101 und die „Endlösung“ in Polen“ oder die Bücher von Wolfgang Curilla über die Ordnungspolizei in Polen und Russland haben zur Aufklärung der Verantwortung der Polizeieinheiten beigetragen. Stefan Klemp hat über die Polizeibataillone hinaus in seinem Buch „Nicht ermittelt – Polizeibataillone und die Nachkriegsjustiz“ den Bogen zur letztlich gescheiterten juristischen Aufarbeitung gespannt. Das Land Nordrhein-Westfalen und die Stadt Münster fördern und betreiben in der Villa ten Hompel einen Geschichts- und Erinnerungsort, der in einer Fabrikantenvilla, die im 3. Reich Sitz eines Kommandos der Ordnungspolizei war, neben Beratung gegen Rechts-Extremismus und Demokratieförderung

auch die Aufarbeitung der Rolle der Ordnungspolizei beim Holocaust leistet.

In Dresden-Hellerau soll mit Hilfe von Landesmitteln der Denkmalpflege der verfallene östliche Kasernenflügel rekonstruiert und einer künstlerischen Nutzung zugeführt werden. Bau- und Baunebenkosten belaufen sich dabei auf ca. 10 Millionen Euro. Eine architekturhistorische Bewertung erfolgte bisher nicht. Eine Aufarbeitung des Standortes als Ausbildungsstelle für Angehörig der Polizeibataillone Heinrich Himmlers steht aus und ist derzeit nicht geplant. Eine systematische wissenschaftliche Aufarbeitung des Ortes ist aber unbedingt notwendig.

Harald Dohrn, der letzte unglückliche Leiter des Festspielhauses vor dem Verkauf 1938 überlebte den Krieg nicht. Nach dem gescheiterten Versuch, im Rahmen der Freiheitsaktion Bayern eine gewaltlose Kapitulation zu erreichen, wurde er von Sondereinheiten der SS in der Nähe von München im Perla-Forst am 29. April 1945 erschossen.

tilo.wirtz@dielinke-dresden.de

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Dresdner Stadtrat

## Impressum

Herausgeber: Fraktion DIE LINKE  
Dr.-Külz-Ring 19, 01067 Dresden  
E-Mail: fraktion@dielinke-dresden.de  
V.i.S.d.P. André Schollbach  
Satz und Layout: Max Kretzschmar  
Mitarbeit an dieser Ausgabe: André Schollbach, Pia Barkow, Cornelia Eichner, Tilo Wirtz, Thomas Feske, Max Kretzschmar  
Fotos: pixelio.de, Max Kretzschmar  
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: Mittwoch, 28.10.2015  
Druck: Lausitzer Rundschau Druckerei Cottbus  
Auflage dieser Ausgabe: 6.000 Exemplare  
Vertrieb: Schneller ist besser! Logistik GmbH - Siblog

Durch Polen und Weißrussland nach Moskau, zur Wolga, in den Kaukasus und zum Schwarzen Meer

# Im Osten

von Maurice Devantier

Bereits vor dem eigentlichen Start in Berlin drängten sich die politischen Verhältnisse auf: Ich übernachtete bei einem ehemaligen Dresdner Freund, der bis vor einem Jahr in Odesa an der Universität unterrichtet hatte. Aufgrund der bürgerkriegsartigen Zustände, die sich immer weiter zuspitzten, musste er mit seiner ukrainischen Frau und zwei kleinen Kindern binnen einer Woche regelrecht fliehen. Bei landestypischen Spezialitäten berichtete er von seinen Erfahrungen aus dem ukrainischen Alltag. Vor den gewaltsamen Unruhen hatte ihnen besonders die Korruption zu schaffen gemacht, ohne Beziehungen und „Geschenken“ war selbst ein Kindergartenplatz nicht zu bekommen. Da nun alle, die es konnten, das Land verließen, schien es ihnen sehr fraglich, ob es in der Ukraine zu einer Aufwärtsentwicklung kommen kann.

Diesen wenig hoffnungsvollen Berichten zum Trotz, trat ich am nächsten Tag mit meinen Reisegefährten die erste Zugetappe an. Eisenbahnromantik wollte sich dabei noch nicht einstellen - im schnöden Regionalexpress der Deutschen Bahn, die gleichbleibende Wald- und Wiesen Landschaft durchrollend, ukrainischen Likör aus roten Beeren trinkend, fränkische Bratwürste verspeisend, alten und neuen Geschichte lauschend, näherten wir uns der polnischen Metropole Warschau.

Nahe dem Hauptbahnhof dominiert noch das „Haus der Kultur und Wissenschaft“, ein gigantischer Turm im „Stalinstil“ das Stadtbild, doch in kurzer Entfernung wachsen die Türme der neuen Mächte zu einer kapitalistischen Skyline darüber hinaus. Unser Hostel zu erreichen erwies sich als unerwartet schwierig. Das ganze Wohnquartier war von mannshohen Zäunen umgeben, die nur mit speziellen Zugangs-codes bezwungen werden konnten. Glücklicherweise angekommen fühlten wir uns nun ganz

sicher. Um diese Auswüchse der Gentrifizierung und Privatisierung der Sicherheit zu vergessen, begaben wir uns noch zu später Stunde ins mittelalterliche Zentrum, wohl wissend, dass dies nach der fast völligen Zerstörung im II. Weltkrieg in den 50er Jahren nach altem Vorbild neu gebaut worden war. Ein malerisches Stadtbild umging uns: im Glanz der Scheinwerfer strahlte die alte, neue Pracht, in einer heute als unselig angesehenen Epoche wiederentstanden.

Am nächsten Morgen begann die Weiterreise ins wirkliche Abenteuer - doch bevor das unheimliche Land Belarus, eisenhart regiert vom „letzten Diktator Europas“ erreicht war, hieß es noch eine mehrstündige Fahrt in einer modernen, also engen und unbequemen S-Bahn durch die flache mawowsische Landschaft zu überstehen.



Am Bahnhof im polnischen Grenzort Terespol blieb uns noch Zeit zum Nachdenken, während ein Regenguss den laut Schild mit EU-Mitteln formschön, aber anscheinend ohne Wasserabfluss gepflasterten Vorplatz überflutete. Gemischte Gefühle überboten uns, als wir die Schleuse am Auslands-gleis durchschritten - über Weißrussland hatten wir noch keinen einzigen positiven Bericht gehört: was würde uns erwarten? Ein Polizeistaat, krasse Armut und drohte uns als „Westlern“ bei kleinsten Verfehlungen etwa der Aufenthaltsdauer oder Reiseroute „Wegeszoll“ oder gar Verhaftung“?

## Dresden Nazifrei beschließt Strategieänderung und beruft Konferenz ein

Ende September 2015 hat das Bündnis „Nazifrei! Dresden stellt sich quer“ (Dresden Nazifrei) in einem Bündnisplenum darüber diskutiert, wie in Zukunft mit der wieder erstarkten Pegidabewegung in Dresden umgegangen werden soll. Dabei wurde die bisherige Bündnisposition überdacht und Weichenstellungen für eine grundlegende Neukonzeption des Protestes für dieses sowie das folgende Jahr getroffen. Wie üblich, geschah dies nach dem Konsensprinzip der vertretenen Strukturen und Einzelpersonen.

**Dazu erklärt Bündnissprecher Silvio Lang:**

„Die erneute Zunahme bei den Teilnehmer\_innenzahlen und die Aussicht darauf, dass Pegida nun bald ein Jahr lang Dresden mit seinen montäglichen Demonstrationen belastet, veranlasste uns, unsere bisherige Bündnisposition zu überdenken. Im April, nach einer Phase innerer Radikalisierung, die einher

ging mit sinkenden Teilnehmerzahlen, befand sich Pegida erkennbar auf dem absteigenden Ast. Diese Abwärtsbewegung, die auch durch den Besuch des niederländischen Rechtspopulisten und Rassisten Geert Wilders nicht gestoppt wurde, wollten wir nicht durch Aufmerksamkeit unsererseits stören. Für eine Zeit hat dies auch gewirkt: Dass Pegida den gesamten Sommer hindurch wöchentlich, dann zweiwöchentlich, später in verschiedenen Städten je abwechselnd ‚spazierte‘, wurde medial bestenfalls noch am Rande erwähnt. Seit einiger Zeit verschafft die immer drängendere Problematik unzureichender Unterbringung von Asylsuchenden der Bewegung nun wieder vermehrt Zulauf. Ein Effekt, der letztlich dem kalkulierten Staatsversagen der Sächsischen Staatsregierung zuzurechnen ist.“

Das Bündnis hat daher entschieden, sich auf eine Protestaktion anlässlich der ersten Jahrgang der Pegidade-



Warschau: alte und neue Insignien der Macht

Foto: Maurice Devantier

Zunächst erwarte uns endlich ein herrlicher alter Zug mit klassischem Abteil und bequemen Sitzen. Kaum hatte man es sich gemütlich gemacht, überquerten wir den Grenzfluss Bug. Bei der friedlichen Landschaft musste ich dennoch an das Inferno denken, dass hier am 22. Juni 1941 geherrscht haben muss, als deutsche Soldaten den Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion begannen, unter ihnen mein Großvater. Auf die Spuren dieses gigantischen Verbrechens sollten wir nun immer wieder stoßen...

Doch zunächst empfing uns die weißrussische Grenzstadt Brest mit einem prächtigen Bahnhofsgebäude, augenscheinlich aus den 50er Jahren. Die Grenzkontrolle erfolgte korrekt und keineswegs respektlos, ein halber Blick in den Rucksack und die Beamtin erkundigte sich auf Englisch nach meinen Reiseplänen und wies uns freundlich den Weg. Die Wolken lichteteten sich und immer staunender liefen wir durch eine saubere, modern wirkende Stadt. War dies das erwartete Reich der Finsternis? Im Hotel Bug, eine Mischung aus Stalin- und k.u.k. Stil erwartete uns eine „historische“ Einrichtung, aber zu unschlagbar günstigem Preis. Auf dem Weg zur Haupt-

sehenswürdigkeit, der Festung, pasierten wir Leninstraße und -denkmal, Gogol-Allee mit Skulpturen aus seinen Werken, aber auch ein modernes Einkaufszentrum à la Altmarktgalerie und einige im Bau befindliche Hochhäuser.

Die Festung Brest, in deren völlig zerstörter Kommandantur der Separatfrieden zwischen dem Deutschen Reich und der jungen Sowjetunion 1917 verhandelt und unterzeichnet wurde, ist heute ein gigantisches Mahnmal. Trotz hoffnungsloser Unterlegenheit hielt sich die Festung nach dem deutschen Angriff 1941 noch viele Tage. An diese vergebliche Heldentat wird nun bis heute mit riesigen aus Beton gegossenen Ehrenmalen, inklusive eingespieltem Schlachtlärm und Musik erinnert. Dennoch herrschte keine bedrückte Stimmung, fröhlich turnten die Kinder auf den Panzern herum, von den Eltern zum Posieren fürs Handybild noch angestachelt.

Abends, im Volkspark bei Schaschlik und Bier, in der gediegenen Feierabendstimmung einer Kleinstadt, suchten wir immer noch nach den Anzeichen der Diktatur. Würden wir sie morgen, in Lukaschenkos Hauptstadt finden?

*Fortsetzung folgt*

## DOKUMENTIERT

monstration vorzubereiten. Jegliche Unterstützung von Akteur\_innen aus Dresden und darüber hinaus ist Dresden Nazifrei dabei herzlich willkommen. Gegen Pegida braucht es einen breiten, zivilgesellschaftlichen Konsens des Protestes.

„Zugleich“, so Lang, „bedarf es jedoch grundlegend neuer Ideen. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass es uns den gesamten letzten Winter sehr selten gelungen ist, auch nur annähernd so große Zahlen wie Pegida für einen Gegenprotest zu mobilisieren? im deutlichen Unterschied zum Rest Deutschlands. Darum werden wir noch in diesem Jahr eine Strategiekonferenz durchführen, um eine gemeinsame, langfristige Strategie der engagierten Dresdner Zivilgesellschaft gegen Pegida und die damit einhergehenden Phänomene fremdenfeindlicher Übergriffe zu entwickeln. Dazu werden wir bereits im Vorfeld weitere Akteur\_innen ansprechen,

um mit ihnen zusammen diese Konferenz zu gestalten.“ so Lang weiter.

Abschließend hält der Bündnissprecher fest: „Nach einem Jahr rassistischer Demonstrationen auf den Straßen dieser Stadt, ist der Punkt erreicht, an dem Dresden und seine Bevölkerung sich bekennen müssen: Will man weiter nach außen das Bild einer rechtsoffenen Stadt abgeben, in der Kriminelle und Rassist\_innen auf der Straße machen können, was sie wollen? Oder steht die bislang schweigende Masse endlich auf und setzt sich - ähnlich wie in allen anderen deutschen Städten - für eine weltoffene Willkommensgesellschaft und gegen Rassismus ein? Kurz: Soll über Dresden auch zukünftig nur im Zusammenhang mit Pegida und Angriffen auf Asylsuchende gesprochen werden? Wir werden diese Frage stellen! und Dresden wird antworten müssen.“



## OKTOBER

**07 Mit linken ökologischen Utopien gegen „Realsozialismus“ und Kapitalismus**

Die Konzepte der DDR-Dissidenten Bahro, Harich und Havemann - Vortrag und Diskussion mit Alexander Amberger, Politikwissenschaftler

19 Uhr | WIR-AG | Martin-Luther-Straße 21

**12 Treffen des Ortsverbandes Neustadt-Loschwitz**

ab 17.00 Uhr: Thema Nachwahl Ortsbeirat, „Was gibt es Neues aus der Wir AG“, Neumitgliederbetreuung  
ab 18.00 Uhr: „Wie kann man sich für Flüchtlinge engagieren (in der Neustadt)?, Was ist der aktuelle Stand?“ zu Gast: Andreas Naumann, Mitarbeiter des Sächsischen Flüchtlingsrats, auch Mitglieder der anderen Ortsverbände sind herzlich willkommen  
WIR-AG | M.-Luther-Straße 21

**15 IDS-Versammlung**

Vorbereitung des Stadtparteitages  
19 Uhr | Restaurant „Alexandros“ | Großenhainer Straße

**Beratung OV Prohlis**

18 Uhr | Querformat | Herzberger Straße 6

**16 Informationssprechstunde mit Katrin Mehlhorn**

Katrin Mehlhorn wird über ihre Arbeit als Büroleiterin der Thüringer Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie berichten  
17 Uhr | Roter Renner | Rud.-Renner Str. 49

**Öffnungszeiten des Roten Renners, Rudolf-Renner-Str. 49**

Montag: 14.00 Uhr bis 16.30 Uhr  
Mittwoch: 14.00 Uhr bis 16.30 Uhr  
Donnerstag: 16.00 Uhr bis 17.30 Uhr  
Stammtisch jeden ersten Donnerstag im Monat ab 15.30 Uhr bis 17.30 Uhr

**Bibliothek der RLS in der WIR-AG**

Martin-Luther-Str. 21  
Öffnungszeiten:  
Di + Mi:  
10.00 - 12.30 und 13.30 - 17.00 Uhr  
Do: 10.00 - 12.30 und 13.30 - 16.00 Uhr

**Neu in der Bibliothek:**

Wladislaw Hedeler/Mario Keßler (Hrsg.): Reformen und Reformen im Kommunismus. - Für Theodor Bergmann; eine Würdigung.  
VSA-Verlag 2015, 428 S.

**17 Gibt es eine Alternative für eine sozialistische Zukunft?**

Referent: Dr. Klaus Blessing  
10 Uhr | Drogenmühle | Dresdner Str. 26  
Heidenau

**19 DIE LINKE. Eine für alle! Dresden**

18:30 Uhr | HdB | Großenhainer Str. 93 | [www.dielinke-efa-dresden.de](http://www.dielinke-efa-dresden.de)

**20 REIHE: Junge Rosa Staatsschulden, Griechenland und der Euro**

Mit Dr. Jürgen Leibiger  
18 Uhr | WIR-AG | Martin-Luther-Straße 21

**21 Kapitalismus – gestern, heute und morgen**

Lesung und Diskussion mit Thomas Kuczynski  
19 Uhr | WIR-AG | Martin-Luther-Straße 21

**26 Bürgersprechstunde der OBR Blasewitz und Beratung des Ortsvorstands mit den BO-Vorsitzenden**

18 Uhr | Bürgertreff „Marie“  
Breitenauer Str. 17

**27 Bürgersprechstunde mit MdB Katja Kipping**

16 Uhr | Wir AG | Martin-Luther-Straße 21  
Um Anmeldung wird gebeten, unter  
**0351-5006165**

**Herbst**

Weinlaubbunt  
Fließt Jahreszeit  
Bis Nebel ihn hüllt.

Janine Niemann-Rich

**27 Fraktionssitzung**

18 Uhr | Beratungsraum 13, 4. Etage  
Dresdner Rathaus

**28 BürgerInnensprechstunde mit Stadträtin Cornelia Eichner, Ortschaftsrat Jörg Peschel, und Ortsbeirätin Manuela Sägner**

17-19 Uhr | Ortschaftsamt Cossebaude |  
Bürgersaal | Dresdner Straße 3

**Gemeinsame Bürger\_innensprechstunde Sarah Buddeberg (MdB) und Pia Barkow (Stadträtin)**

17:30 Uhr | Wir AG | Martin-Luther-Straße 21

**REIHE: Wie denkt und lebt der Osten?**

Sozialreport 2014 „Die deutsche Vereinigung – 1990 bis 2014 – Positionen der Bürgerinnen und Bürger“, mit Dr. Thomas Hanf und MdB Katja Kipping  
19 Uhr | WIR-AG | Martin-Luther-Straße 21

**Stammtisch DIE LINKE Neustadt, gemeinsam mit den Ortsbeiräten**

19 Uhr | Erlenklause, Hechtviertel

**29 Stadtratssitzung**

16 Uhr | Kulturrathaus | Königsstraße 15

**Stammtisch OV-Pieschen**

19 Uhr | „Zeitgeist“ | HdB, Großenhainer Str

**Reden des Herrn Gauck**

Wort Freiheit fühlt sich gefangen  
durch einseitige Wertung  
fühlt sich eingesperrt von der Furcht  
an Sprechblasenentzündung zu  
erkranken

Jürgen Riedel

## NOVEMBER

**02 DIE LINKE. Eine für alle! Dresden**

18:30 Uhr | HdB | Großenhainer Str. 93 |  
[www.dielinke-efa-dresden.de](http://www.dielinke-efa-dresden.de)

**04 Die Polizei, Dein Feind und Helfer? PolizistInnen unter Druck**

Mit Charles von Denkowski, Crime Prevention Solutions, Silvio Lang, Bündnis Dresden Nazifrei; Moderation: Uwe Ewald  
Eine gemeinsame Veranstaltung des Europabüro der MdEP Dr. Cornelia Ernst und der RLS Sachsen  
19 Uhr | WIR-AG | Martin-Luther-Straße 21

**07 Mitgliederversammlung OV-Pieschen**

10 Uhr | Empore | HdB, Großenhainer Str

**14 „Die Lage im asiatisch-pazifischen Raum und die Interessengegensätze zwischen den USA und China“**

Referent: Oberst a.D. Bernd Biedermann  
10 Uhr | Drogenmühle | Dresdner Str. 26  
Heidenau

**Vereinsbuchhaltung & Projektbuchhaltung für gemeinnützige Vereine**

Workshop mit Rico Knorr  
11-18 Uhr | WIR-AG | M.-Luther-Straße 21

Ständige Termine in der WIR AG,  
Martin-Luther-Str. 21:

- jeden Dienstag, 18 Uhr, offenes Treffen der linksjugend [solid] Dresden
- jeden Dienstag, 20 Uhr, offenes Treffen von DIE LINKE.SDS Dresden (Linke Hochschulgruppe der TU Dresden)
- jeden Donnerstag, 10 Uhr, „Griechischer Stammtisch“ Vereinigung Griechischer Bürger in Sachsen e.V. (es wird nur Griechisch gesprochen)
- jeden 2. Freitag im Monat, 18:30 Uhr, Treffen der Initiative Grundeinkommen

**KPF - Kommunistische Plattform in der LINKEN**

jeden zweiten Dienstag 15:30 Uhr  
im Haus der Begegnung - Empore

**Termin vergessen?**  
**Mail an: [linksblatt@web.de](mailto:linksblatt@web.de)**

**Sehr herzlich zum Geburtstag im Oktober gratulieren wir unseren GenossInnen**

Dr. Joachim Adolphi, Pieschen  
Heidrun Angermann, Pieschen  
Horst Arlt, Nord  
Vera Arnold, Neustadt  
Renate Backhaus, Blasewitz  
Nicole Bautzmann, West  
Horst Benedix, Pieschen  
Renate Berger, West  
Lieselotte Binnnewerg, Blasewitz  
Philipp Blümel, West  
Sandy Bormann, Neustadt  
Javier Brunet, Pieschen  
Gerhard Böhme, Neustadt  
Ralf Demmler, Blasewitz  
Maurice Devantier, Pieschen  
Ursula Dietrich, Neustadt  
Stefanie Düsberg, Neustadt  
Kurt Erich Fränzel, Neustadt  
Elfriede Förster, West  
Alix Gerbeth  
Sascha Glathe, Plauen  
Johannes Grahle, Altstadt  
Wolf Grohmann, Blasewitz

Hildegard Großmann, Blasewitz  
Angelika Gröbe, West  
Marlies Grünzig, Nord  
Matthias Götze, Neustadt  
Erich Gürtler, West  
Gisela Hahmann, Blasewitz  
Rolf Haser, Plauen  
Dr. rer. pol. Eberhard Haueis, Plauen  
Ottmar Heine, Nord  
Thilo Herbert, Neustadt  
Hannes Hertwig, West  
Helga Hoffmann, Altstadt  
Thomas Hoffmann, Neustadt  
Marianne Händel, Neustadt  
Dr. Anita Jaensch, Altstadt  
Waltraud Jahn, Plauen  
Reingard Jokisch, West  
Jens Kempe, Leuben  
Martin Keßler, West  
Tilo Kießling, Neustadt  
Martina Susanne, Klever  
Elsbeth Konopka, Blasewitz  
Steffen Kosin, Pieschen

Benjamin Kotter, Altstadt  
Jenny Kunkel, Altstadt  
Christian Köbke, Altstadt  
Eberhard Kühn, Blasewitz  
Rosemarie Kühn, Leuben  
Wally Lantzsich, Blasewitz  
Raja Lentzsch, Nord  
Rainer Liebscher, Blasewitz  
Elisabeth Linke, Altstadt  
Frank Möllenbeck, Leuben  
Nam-Anh Nguyen, West  
Nikolas Oberländer, Neustadt  
Joachim Obst, Blasewitz  
Melanie Otto, Cotta  
Waldemar Peine, Plauen  
Ines Philipp, Neustadt  
René Preusche, Prohlis  
Ingeborg Raedisch, Nord  
Herbert Reller, Altstadt  
Manfred Renner, Prohlis  
Annelies Richter, Neustadt  
Lutz Richter, Blasewitz  
Ursula Richter, Blasewitz

Karl-Heinz Rösseler, Altstadt  
Josephine Schaarschmidt  
Falk Schiebel, Neustadt  
Monika Schmelzer, Nord  
Wolfgang Schmidt, Plauen  
Gisela Schmiedgen, Leuben  
André Schollbach, West  
Thomas Schumann, Pieschen  
Ilse Schwanbeck, Altstadt  
Jürgen Schär, Blasewitz  
Andreas Schönherr, Neustadt  
Angelika Seifert, Leuben  
Jan Stern, West  
Johannes Sundermann, Pieschen  
Christa Thiele, Blasewitz  
Helmut Treletzki, Altstadt  
Hildegard Türk, Plauen  
Lothar Heinrich Wagner, Altstadt  
Karin Walther, Nord  
Torben Wendel, Prohlis  
Fritz Westphal, Blasewitz  
Steffen Zeuke, Prohlis  
Helga Zwirner, West

# Orbánisierung Europas?

von Dr. Cornelia Ernst

Vor einigen Wochen, auf dem Höhepunkt der von Viktor Orbán inszenierten Aufnahme Krise in Ungarn, schien es für einen kurzen Moment, als würde die Bundesregierung ein einziges Mal im Guten die Führung in der EU übernehmen und eine wirklich fortschrittliche Entwicklung in der europäischen Flüchtlingspolitik einleiten. Neben der richtigen und auch dringend notwendigen Aufnahme der in Ungarn wie Tiere behandelten Syrer hätte dies bedeutet, entschlossen auf einer europäischen Lösung für die Erstaufnahme von Flüchtlingen in ganz Europa zu bestehen. Es hätte ebenso bedeutet, endlich von dem unwürdigen Dublin-System abzukehren und einen Verteilungsmechanismus in Europa zu installieren, der alle EU-Staaten bindet sich an den Wünschen und Bedürfnissen der Betroffenen Menschen orientiert.

Nur wenige Tage später zeigte sich das heuchlerische Kalkül der Bundesregierung. Anstatt die guten Ansätze weiterzuführen, machte Merkel die völlige

Kehrtwende und Deutschland, wie Slowenien, Österreich und andere, führten kurzerhand wieder Grenzkontrollen an den betroffenen Grenzen ein. Auf den ersten Blick erscheint dieses Manöver wie die schnelle Rückkehr zur bisherigen Flüchtlingspolitik der EU, die mit ihrem Schwerpunkt auf Flüchtlingsabwehr, militarisierten Außengrenzen und Strafverfolgung so offensichtlich gescheitert ist, wie nur wenig andere Politik der EU.

Doch tatsächlich ist die Lage noch viel schlimmer. Indem Orbáns Regierung den ankommenden Flüchtlingen jedwede Hilfe und Unterstützung verweigerte, damit die dramatische Situation von Flüchtlingen in Ungarn schuf und so die ohnehin nicht besonders starken europäischen Regeln zur Aufnahme von Flüchtlingen eklatant brach, hat eine glasklare Provokation an die anderen EU-Staaten gesandt: „Schaut her, ich kann euer lächerliches EU-Recht brechen wie ich will, und ihr werdet nichts dagegen tun.“ Die rasche Wiedereinführung von Grenzkontrollen hat ihm Recht gegeben.

## Jetzt online abstimmen!

Das Bündnis **Nazifrei! Dresden stellt sich quer - Dresden Nazifrei** ist als Gewinner des Smart Hero Award 2015 für den Publikumspreis 2015 nominiert. Bis zum 31. Oktober 2015 kann noch online für das erfolgreiche antifaschistische Bündnis gevotet werden. Und so wird gemacht: Unter der Webadresse [www.deutscher-engagementpreis.de](http://www.deutscher-engagementpreis.de) findet man im Menü den Punkt **Mitmachen**

und klickt sich über **Publikumspreis 2015** ein wenig umständlich auf der virtuellen **Landkarte Deutschlands** nach **Sachsen**, um dort alphabetisch geordnet seinen Favoriten durch Scrollen unter **N wie Nazifrei! Dresden stellt sich quer - Dresden Nazifrei** zu finden. Mit der Option **Jetzt abstimmen!** ist man nur noch ein Popup-Formular weit entfernt vom Ziel und bejaht per Mausclick die Fra-

## Cuba Si informiert

von Ursula Zierz

Im letzten Artikel informierten wir über das Septemberergebnis der Solisammlung und machten auf das vom 16.- 18.10. 2015 stattfindende Regionaltreffen der AG Cuba Si am Werbelinsee aufmerksam, wo die Teilnehmer nicht nur die zukünftigen Projekte und Sammelgegenstände beraten, sondern die politischen Schwerpunkte, die sich auf Grund der veränderten Beziehungen der USA zu Kuba ergeben. Denn machen wir uns nichts vor, trotz des Austauschs diplomatischer Vertretungen besteht die Blockade der USA auf der Finanz-, Wirtschafts- und Handelsebene weiter, das besetzte Gebiet Guantánamo ist bisher in USA- Hand und muss zurückgegeben werden, die Programme zur Destabilisierung Kubas laufen weiter und der „Cuban Adjust Act“ sind endlich abzuschaffen. Die Folgen der Blockade und des Staatsterrorismus gegenüber Kuba sind zu entschädigen und Kuba muss auch von der EU und vor allem der BRD als souveräner und gleichberechtigter Partner anerkannt werden! Genau aus den Gründen muss die Solidarität mit Kuba weitergehen und Kubas Ziele: Die Unterstützung seines sozialistischen Modells, die Stärkung des Integrationsprozesses in Lateinamerika, sowie Bewahrung und Entwicklung einer Alternative zum Imperialismus und Neoliberalismus zu erreichen, durch uns in der politischen und praktischen Arbeit unterstützt werden.

Genau aus diesem Grunde verfassten engagierte Intellektuelle und Internationalisten einen Aufruf zur Konferenz „Internationalismus im 21. Jahrhundert“ Bonn 2015 Bündnis Internacionalismo21 („i21“) An der Ausrichtung in Deutschland beteiligen sich folgende Gruppen: Interbrigadas e.V., Cuba Sí - AG Partei DIE LINKE, Netzwerk Cuba e.V., Marcha Patriótica Capítulo Berlín, Venezuela Avanza, Red Patria Grande, Alexander-von-Humboldt-Gesellschaft e.V., Internationalistischer Abend e.V., Kämpfer und Freunde der Spanischen Republik 1936-1939 e.V., GLOSMO The System Change. Schirmpersönlichkeiten sind: Elmar Altvater, Noam Chomsky, Ignacio Ramonet & Jean Ziegler. Kontaktdaten:

[info@internacionalismo21.org](mailto:info@internacionalismo21.org)  
[www.internacionalismo21.org](http://www.internacionalismo21.org)

### Infos aus der Celak - Staatengemeinschaft

Im Juli 2015 führte Papst Franziskus eine Rundreise durch mehrere lateinamerikanische Staaten durch und äußerte in Santa Cruz auf dem zweiten weltweiten Kongress der Volksbewegungen: „Wenn das Kapital sich in einen Götzen verwandelt und die Optionen der Menschen bestimmt, wenn die Geldgier das ganze sozioökonomische System bevormundet, zerrüttet es die Gesellschaft, verwirft es den Menschen, macht ihn zum Sklaven, zerstört die Brüderlichkeit



Bericht aus Europa



Drei Dinge werden immer wieder genannt, wenn nach den historischen Errungenschaften der EU gefragt wird: Der Frieden in Europa, der Wegfall der Grenzkontrollen durch Schengen, und der Euro als gemeinsame Währung. Den Euro als Errungenschaft hat die Troika in Griechenland zerstört. Mit den hungernden Flüchtlingen vor dem Keleti-Bahnhof in Budapest hat Orbán den guten Teil von Schengen angegriffen, und mit der Wiedereinführung von Grenzkontrollen hat Merkel mitgemacht. Als Juncker vor vier Wochen in Straßburg sagte, die EU sei in keinem guten Zustand, hatte er offensichtlich Recht. Aus linker Perspektive muss man hinzufü-

gen, dass der schlechte Zustand nicht über die EU hereingebrochen ist, oder irgendwie von außen kam. Der schlechte Zustand ist das Ergebnis einer Politik, die von den Regierungen der EU, von Orbán, Merkel, Hollande, Cameron und allen anderen in vollem Bewusstsein und mit Absicht betrieben wird. Und wer die EU bisher, durchaus zu Recht, von linker Seite kritisiert hat, hat keinen Grund zur Freude. Denn was wir im Augenblick erleben, ist die Renationalisierung der EU auf widerwärtigste Weise, zu einem Europa, indem die Regierungen sich nicht zu scheuen brauchen, Menschen wie Eier für ihre Zwecke hin- und herzuschieben, zu bevormunden und zu misshandeln.



Grafik: Projektbüro Deutscher Engagementpreis

ge, kein Roboter zu sein. Dabei kann es passieren, noch ein lustiges Bilderrätsel lösen zu müssen, aber auch das ist eine sehr menschliche Fähigkeit, die uns in Bälde ans Ziel bringt. Mit einer gültigen

**Mailadresse** schließlich empfängt man eine **Mail**, **bestätigt einen Link** und hat damit letztlich seine Stimme abgegeben. Oder man nutzt diesen Kurzlink:

<http://t1p.de/0zoh>

### Sammlungen 2015

05. März,  
04. Juni,  
03. September,  
03. Dezember



**Spendenkonto:**  
**DIE LINKE/Cuba Si Dresden**  
**Ostsächsische Sparkasse Dresden**  
**IBAN: DE 93 8505 030031 201 83074**  
Verwendungszweck:  
„Milch für Kubas Kinder“

unter den Menschen, bringt Völker gegeneinander auf und gefährdet - wie wir sehen - dieses unser gemeinsames Haus.“ Seine politischen und humanistischen Positionen bekräftigte er ebenfalls während seiner Ansprache vor der UNO und dem Weißen Haus in der er betonte, dass Waffenproduktion- und Handel geächtet werden müsse, dass Sklaverei, Ausbeutung und die Todesstrafe verboten werden müssen und sagte zu den Menschenrechten: Jeder Mensch hat das Recht auf ein Dach über den Kopf, eine Arbeit, von der er leben kann und auf ein Stück Land. Das Recht auf Meinungsfreiheit wurde von ihm in dem Zusammenhang und auch später nicht erwähnt, was bei jedem konservativen Politiker bei Diskussionen an erster Stelle steht. Die Reden des Papstes werden Menschen, die für eine soziale und gerechte Welt stehen, auch in ihrer eigenen Argumentation helfen.

### Weitere Infos

Dem deutschen Wissenschaftler Prof. Dr. Richard Baum/ Direktor der Zentralklinik Bad Berka wurde im Juni für seine solidarische Hilfe seit über 20 Jahren die Auszeichnung als „Ehrenmitglied der Kubanischen Gesellschaft für Onkologie, Radiologie und Nuklearmedizin“ verliehen. **Saludos solidarios!**

### Redaktionsschluss 2015

21.01.2015, 11.02.2015  
04.03.2015, 15.04.2015  
06.05.2015, 03.06.2015  
08.07.2015, 09.09.2015  
30.09.2015, 28.10.2015  
10.12.2015

**Impressum**  
Herausgeber: DIE LINKE. Dresden  
Großenhainer Straße 93, 01127 Dresden,  
Tel.: 0351 8583801 Fax: 0351 8583802,  
[www.dielinke-dresden.de](http://www.dielinke-dresden.de)  
E-Mail: [linksblatt@web.de](mailto:linksblatt@web.de)  
V.i.S.d.P. Sarah Buddeberg, Jens Matthis  
Satz und Layout: Max Kretzschmar  
Mitarbeit an dieser Ausgabe: Sarah Buddeberg, Jens Matthis, Silvio Lang, Katja Kipping, Ursula Zierz, Pia Bar-kow, Dr. Cornelia Ernst, Silvio Lang  
Fotos: Pixelio.de, Max Kretzschmar, Maurice Devantier  
Lausitzer Rundschau Druckerei GmbH, Cottbus  
Auflage dieser Ausgabe: 5.500 Exemplare, Vertrieb: Siblog, Schneller ist besser!

# Grundrechte muss man sich nicht verdienen!

von Katja Kipping

Am 1. Oktober beantragte die Fraktion unserer Partei im Deutschen Bundestag die Abschaffung aller Hartz IV-Sanktionen. Nicht zum ersten Mal.

Die Sanktionen besagen, dass der ohnehin niedrige Regelsatz gekürzt werden - erst um 10 Prozent, dann um 30 Prozent, dann um 60 Prozent - und am Ende sogar ganz gestrichen werden kann. Wir wollen mit dieser Regelung Schluss machen, denn wir sind überzeugt: Beim soziokulturellen Existenzminimum handelt es sich um ein Grundrecht.

Ein Grundrecht steht jedem hier lebenden Menschen zu, und das ganz unabhängig davon, ob er Erfolg auf dem Erwerbsarbeitsmarkt hat, unabhängig davon, wo er geboren wurde, und - ja - auch unabhängig davon, ob er sich in einer Behörde als braver Untertan erwiesen hat oder eben nicht. Grundrechte muss man sich nicht verdienen. Denken wir nur an die Freiheitsgrundrechte wie beispielsweise das Recht auf Demonstrationsfreiheit. Dieses gilt für alle, ohne dass man es sich vorher verdienen muss, ohne dass man vorher nachweisen muss, so und so viele Artikel zu einem Thema gelesen und sich eine fundierte Meinung gebildet zu haben. Ich meine, keine Instanz hat das Recht zu entscheiden, ob jemand würdig ist, Grundrechte wahrzunehmen und das ist gut so.

Die Praxis bei Hartz IV ist leider das komplette Gegenteil. So führen die Sanktionen in der Praxis zu existenzieller Not. Nun mag man einwenden: Es ist ja nur ein kleiner Teil der Menschen, der wirklich sanktioniert wird. Fakt ist aber, dass deutlich mehr davon bedroht sind. Allein die Tatsache, dass der Regelsatz gekürzt werden kann, hängt wie ein Damoklesschwert über den Betroffenen. Diese existenzielle Bedrohung mindert die Wehrhaftigkeit, im Übrigen auch bei Bewerbungsgesprächen. Man versetze sich nur in die Situation einer Hartz-IV-Betroffenen, der in einem Be-



Foto: Stefanie Hofschlaeger / pixelio.de

werbungsgespräch ein niedriger Lohn und schlechte Arbeitszeiten angeboten werden. Wie sehr wird sie für familienfreundlichere Arbeitszeiten streiten können, wenn sie Angst haben muss, dass solche Forderungen in der Behördensprache fehlende Mitwirkung bedeuten und am Ende zu einer Kürzung des Arbeitslosengeldes II führen können? Das ist keine Theorie, sondern in der Praxis leider allzu oft vorgekommen. Die Sanktionen betreffen eben nicht nur Langzeiterwerbslose. Sie betreffen gleichermaßen die Erwerbsarbeitswirklichkeit. Ja, Hartz-IV-Sanktionen sind auch ein Angriff auf gute Arbeit und gute Löhne.

## Kein Thema nur für DIE LINKE

Unsere Kritik an den Hartz-IV-Sanktionen wird von zunehmend mehr Menschen und Gruppen geteilt. Denken wir nur an die vielen Menschen, die sich in großer Sorge um Ralph Boes an den Bundestag gewandt haben. Ralph Boes, der infolge einer 100-Prozent-Sanktion kein Essen mehr aufnimmt, verfolgt die Debatte von der Tribüne aus - wie übrigens auch Inge Hannemann, die als Jobcen-

ter-Mitarbeiterin irgendwann genug von der Sanktionspraxis hatte, sich weigerte Sanktionen zu verhängen und es mit der folgenden Auseinandersetzung geschafft hat, die Aufmerksamkeit der Medien und der Politik auf dieses Thema zu lenken. Mit Blick auf die Abstimmung haben sich auch noch einmal verschiedene Organisationen, wie das Diakonische Werk und die Nationale Armutskonferenz, zu Wort gemeldet und sich klar gegen Sanktionen ausgesprochen. In der Stellungnahme der Diakonie heißt es:

„Das Grundrecht auf ein soziokulturelles Existenzminimum darf nicht beschnitten werden.“

Weiter schreibt die Diakonie:

„Arbeitslose Menschen brauchen Hilfen, die an ihren persönlichen Notlagen ansetzen. Wir sollten ihnen Brücken in die Arbeitswelt bauen und nicht noch zusätzlich Steine in den Weg legen.“

Am gleichen Tag behandelte der Bundestag auch einen Antrag von Bündnis 90/Die Grünen. Diese sprachen sich in ihrem Antrag für ein Sanktionsmoratorium aus. Ich selbst war Mitinitiatorin einer Initiative dafür und hätte das Sanktionsmoratorium als einen ersten wich-

tigen Schritt gerne unterstützt. Leider forderten Sie in Ihrem Antrag auch:

„... bei Kürzungen über 10 Prozent des Regelsatzes sind antragslos entsprechende Sachleistungen zu erbringen ...“

Das heißt also, ihrem Antrag zufolge sollen auch weiterhin Sanktionen von über 10 Prozent möglich sein. Aus diesem Grund konnten wir uns bei diesem Antrag leider nur enthalten.

## Es geht um menschliche Schicksale

DIE LINKE lehnt Sanktionen generell ab. Es gibt aber zwei besonders grausame Formen der Sanktionen: die Sanktionierung der Kosten der Unterkunft und die sofortige 100-Prozent-Sanktion bei jungen Menschen unter 25 Jahren und es war schon einmal Konsens zwischen allen Bundesländern, dass man zumindest diese grausamen Formen abschafft. Nur Bayern war dagegen. Die Abschaffung der Sanktionen kostet uns nicht viel. Wenn wir aber weiter so fortfahren wie bisher, dann bezahlen Betroffene mit existenzieller Not. Es geht hier nicht nur um Gesetze, sondern auch um menschliche Schicksale.

## Rosa Luxemburg Stiftung Sachsen

# Wie denkt und lebt der Osten 25 Jahre nach der deutschen Vereinigung?

von Susann Scholz-Karas

Am 3. Oktober 2015 jährt sich die deutsche Vereinigung zum 25. Mal. Viel ist in dieser Zeit passiert. Doch was bedeutete das für die Menschen, die im östlichen Teil der Bundesrepublik leben? Was hat sich für sie verändert und wie fühlen sie sich heute?

Diesen Fragen gehen die sächsische Landesgruppe der Fraktion DIE LINKE im Bundestag gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen in der Veranstaltungsreihe „Wie denkt und lebt der Osten?“ in 6 sächsischen Orten nach. Am 28. Oktober, 19.00 Uhr findet sie in Dresden, in der WIR-AG statt.

Grundlage bildet eine Befragung von Bürgerinnen und Bürgern, die jährlich durch das Sozialwissenschaftliche For-

schungszentrum Berlin-Brandenburg e.V. der Sozialreport 2014 „Die deutsche Vereinigung – 1990 bis 2014 – Positionen der Bürgerinnen und Bürger“, durchgeführt wird und deren Ergebnisse sich im Sozialreport niederschlagen. Der Sozialreport stellt subjektive Einstellungen zu Bedingungen des sozialen Lebens, Bewertungen der gesellschaftlichen Entwicklung seit 1989, Werte und Grundhaltungen sowie Erwartungen an gesellschaftliche Akteure in den Mittelpunkt. Er wird seit 1990 jährlich durchgeführt. Einen zentralen Gesichtspunkt der Analysen bildet der Vergleich der Ergebnisse zwischen den neuen und alten Bundesländern.

Zu den wichtigen Ergebnissen des Berichts gehört, dass sich in beiden Tei-

len Deutschlands die Gesellschaft immer weiter spaltet: in eine Mehrheit, deren Lebenszufriedenheit steigt und die insgesamt eine positive Bilanz der Entwicklung seit 1990 zieht und einen Teil der Bevölkerung (20-25%), der von den Einheitsgewinnen ausgeschlossen bleibt. Vor diesem Hintergrund ist auch zu interpretieren, dass sich jeweils die „Gewinner“ und die „Verlierer“ der Einheit in ihren grundlegenden Einstellungen, Bewertungen und Erwartungen

angleichen. Von aktueller Bedeutung sind die Ergebnisse zu sinkenden Solidarität der Menschen in Ost und West.

Gemeinsam mit Dr. Thomas Hanf vom Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg e.V., der Bundestagsabgeordneten Katja Kipping (Fraktion DIE LINKE) und dem Publikum wollen wir die Ergebnisse vorstellen, analysieren und diskutieren.

Mit Dr. Thomas Hanf und Katja Kipping

28. Oktober | 19 Uhr | WIR-AG | Martin-Luther-Straße 21

**ROSA LUXEMBURG STIFTUNG SACHSEN**